

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 11

Rubrik: Aus Zeit und Streit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus Zeit und Streit

Randbemerkungen.

Die Ordensfrage steht vor der Entscheidung. In der ganzen Schweiz fassen die kantonalen politischen Organisationen ihre Beschlüsse. Am 8. Februar wird sich auch jeder einzelne Schweizerbürger entscheiden müssen, wie er zu der von Bundesrat und Bundesversammlung vorgeschlagenen Verschärfung des Ordensverbots Stellung nehmen will. In diesen Tagen hielt nun in Zürich die „Neue Helvetische Gesellschaft“ ihre Delegiertenversammlung ab. Früh und oft ist in ihren Zusammenkünften vom Ordensunfug die Rede gewesen; es erfolgten sogar von der N. S. G. aus die frühesten Vorstöße gegen das Überhandnehmen der fremden Orden. Da war es ganz klar, daß sich die Delegiertenversammlung diesmal zur Ordensfrage ebenfalls äußern mußte. Sie beschloß nach den Zeitungsberichten „nach einem Bericht von Prof. Dr. D. Schindler (Zürich) über die Ordensfrage, dazu nicht mehr Stellung zu beziehen, sondern sie als erledigt abzuschreiben“. Wir finden dieses Verfahren einer immerhin politischen Organisation glänzend. Manch anderer politisierender Eidgenosse wird diese Erfindung des „als erledigt Abschreibens“ drei Wochen vor dem Volksentscheid mit Freuden begrüßen. Wir schlagen dafür die Bezeichnung „helvetische Zielsicherheit und Entschlußfreudigkeit“ vor!

Dazu eine andere Ordensgeschichte, die mit der seinerzeit auch in diesen Blättern erörterten Gründung einer französischen Schule in Basel zusammenhängt. Die französische Regierung hat zum Dank für die bei der Errichtung dieser Schule erwiesenen Dienste an zwei Urfranzosen, Karl Bulffer und Albert Lang, die Rosette eines „Officier de l'Instruction publique“ und die „Palmes académiques“ verliehen. Der zweite erhielt diese Auszeichnung mit der Begründung, daß er hauptsächlich an der Rekrutierung der Schüler der französischen Schule unter den elsässischen Eisenbahnern in Basel Anteil habe. Man sieht also daran, wozu die französische Schule in Basel geschaffen worden ist. Sie soll die allemannisch redenden Elsässer im allemannischen Basel französisch erziehen! Außerdem sieht man auch, wozu die französischen Orden da sind.

Am 6. Januar teilte die Staatskanzlei des Kantons Waadt in der Presse folgendes mit: „Sobald die Nachricht vom Tode des Marschalls Joffre bekannt war, richtete der Regierungsrat des Kantons Waadt als Vertreter des waadtländischen Volkes ein Kondolenzschreiben an die Witwe des illustren Verstorbenen. Man erinnert sich, daß Marschall Joffre und Gemahlin in unserm Kanton einst einen Aufenthalt machten. Vertreter der Behörden des Kantons und mehrerer Gemeinden, ebenso zahlreiche Bürger hatten damals die Ehre, den Marschall im Verlauf der verschiedenen Empfänge begrüßen zu können, zu denen er sich bereitfinden ließ.“ ...!

Die faschistische Organisation auf unserm Boden betätigt sich auch eifrig im Sport. Anfang Januar weihte der faschistische Skiklub in Interlaken eine besondere Hütte auf dem Beatenberg ein. Er fand dafür keinen andern, bezeichnenderen Namen als „Rifugio Cesare Battisti“. Battisti war Abgeordneter von Trient im österreichischen Parlament und zwar Sozialist. Beim Kriegsausbruch 1915 lief er zu den Italienern über und hatte das Unglück, in italienischer Uniform von den Österreichern gefangen genommen zu werden. Diese haben dann den mit den Waffen in der Hand ergriffenen Führer der Irredentisten in Trient gehängt. So wurde Battisti der Märtyrer des Irredentismus. Ausgerechnet dem Manne aber weihen die Faschisten auf Schweizerboden eine Skihütte. Das ist bezeichnend für die Gesinnung. Die nächste Hütte wird dann wohl Teresa Bontempi heißen!

Sozialdemokratie und Föderalismus.

Josef Abisser in der Januarnummer der „Roten Revue“:

„Daß die Sozialdemokratische Partei in ihrem Programm die Abschaffung des Ständerates als Zielsetzung kennt, bedarf keiner weiteren Erörterung. . . Diese Frage muß einen um so intensiver beschäftigen, je mehr die e i n e Kammer durch die Entwicklung jeden wirklichen Unterbau verloren hat. Heute geht es ja bekanntlich um die Diskussion der parlamentarischen Vertretung in Bern. Wir irren nicht, wenn die Auslösung dieser Diskussion als eine Folge der gegenwärtigen politischen Konstellation und des Willens, dieselbe auszubauen, eingeschätzt werden muß. Denn, wenn heute eine Reform' des Nationalrates ‚ausgearbeitet' wird, so bedeutet das, daß im ganzen Aufbau, wie er im Jahre 1848 das Licht der Welt erblickte, gerüttelt wird. . .

„Heute, und speziell seit dem Weltkriege, wird kein Mensch im Ernste mehr von einem lebendigen Föderalismus reden. Was heute noch ‚Föderalismus' heißt, und wäre es derjenige eines de Reynold, ist, wie er übrigens selber es sich herausmeißelt, Regionalismus, Klassenverschiedenheit. So haben sich schon vor Jahrzehnten auch die bürgerlichen Parteien eine überkantonale Organisation gegeben. . . Der Sieg des Proporzgedankens war nicht nur der Kampf gegen die radikale Minderheit, sondern gleichzeitig eine eklatante Niederlage des föderalen Gedankens. . .

„Das legt nahe, zu untersuchen, ob nicht unsere Partei . . . auch untersucht, unter welchen Voraussetzungen das ‚Zweikammersystem' in der seit 1848 bestehenden Form geschaffen wurde und ob nicht die eingetretenen Veränderungen die Voraussetzungen dieses Teiles des Verfassungsgebäudes vernichtet haben. Formale Fragen in unserer Zeit, wo naturgemäß die Politik immer mehr Klassenkampf wird und die vertikale Gliederung der Parteien nach Landesteilen oder Religionszugehörigkeit längst einer horizontalen nach der wirtschaftlichen Stellung Platz gemacht? Gewiß, wir wollen nicht Steine statt Brot, aber wenn man gerade in bestehenden Formen ein Hindernis der demokratischen Entwicklung erblicken muß, dann gewinnen die ‚formalen Fragen' ein ganz anderes Relief.“ —

Wie denkt man sich aber auf sozialdemokratischer Seite, wenn heute Föderalismus „Regionalismus, Klassenverschiedenheit“ bedeutet, die Berücksichtigung dieser neuen, und nicht etwa absterbenden, sondern erst eigentlich in Entwicklung begriffenen Gliederung in unsern Volkskörper? „Dieses kleine Blatt ist der Beginn einer Befreiungsbewegung. Es hat den Ehrgeiz, den Waadtländern zu zeigen, daß sie eine wirkliche Nation, eine schöne und große Familie sind, die um einen natürlichen Führer geschart, keine fremden Beschützer braucht,“ heißt es in Nummer 1 des von der Vereinigung „Ordre et Tradition“ herausgegebenen „Organs des waadtländischen Nationalismus“: „La Nation“. Die Voraussetzungen, unter denen die Verfassung von 1848 geschaffen wurde, bestehen längst nicht mehr. Dieser Meinung sind wir auch. Aber wenn wir an eine Änderung dieser Verfassung denken, müssen wir a l l e heute gegebenen Voraussetzungen ins Auge fassen. D.

Wege zum korporativen Aufbau.

Dr. Jakob Lorenz, Privatdozent an der Universität Freiburg, in der „Schweizerischen Rundschau“, Januarheft:

„Es ist eine der interessantesten Erscheinungen in der Geschichte der sozialen Geistesrichtungen nach dem Kriege, wie die Idee des Korporationswesens (und damit des Ständestaates) unter den verschiedensten Verhältnissen auftaucht und an Boden zu gewinnen scheint. . . Es zeigt sich in unsern Tagen, wie unwirksam die verschriebenen Rezepte waren. Die Triebkräfte der liberalen Wirtschaftsweise haben uns gegen die Erwartungen ihrer Anhänger in einen Zustand hineingeführt, der alles andere als ein Zustand der wirtschaftlichen Freiheit ist. . . Die Überspannung, welche an vielen Orten in der Organisationsbildung eingetreten ist, und die große Machtentfaltung dieser Organisationen teils auf den Warenmärkten, teils auf dem Arbeitsmarkte durch den planmäßigen Klassenkampf zeigt

einerseits die Macht eines Zusammenhaltens unter Berufsgenossen, läßt andererseits aber auch erkennen, daß auf die Dauer ohne Verständigung kein Gedeihen möglich ist. Rechnet man dazu das namentlich da offenkundige Versagen staatlicher Intervention und staatlicher Wirtschaft, wo man sich am meisten von ihr versprach, wo nämlich die aufstrebende Arbeiterklasse starken Einfluß zu üben vermochte, so begreift man das Bedürfnis nach einer Neuorientierung. Man kann nicht zurück in die Individualwirtschaft, man sucht nach neuer Form der Gruppenwirtschaft. . . Es ist nicht ohne Bedeutung, daß das Lösungswort ‚weder Liberalismus noch Marxismus‘ mehr und mehr vernommen wird. . .

„Waren vor 40 Jahren die Gegner der Korporationsbewegung in der Hauptsache Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus, so sind es heute ihre erstarkten Gegner, so ist es heute der Sozialismus, in dessen landläufigem Programm und Schlagwörterbuch der Korporationsgedanke keinen Platz hat. . . Die unbestreitbaren Leistungen der Standesorganisationen der Arbeitnehmer haben das Bewußtsein in der weitaus größten Mehrheit der lohnarbeitenden Bevölkerung wachgerufen, daß die Wahrung der Arbeiter- und Angestellteninteressen auf Standesorganisationen beruhen muß. Um diese Tatsache kommt keine Bewegung herum, die sich auf einschlägigem Gebiete betätigen will. Auch nicht die Korporationsbewegung. . . Unter heutigen Verhältnissen steht am Anfange des sozialen Regroupements daher die Standesorganisation. . .

„Allein nicht nur vom Gesichtspunkte äußerer Umstände empfiehlt es sich, von der Standesorganisation ausgehend zu einem korporativen System vorzudringen. Dieses Vorgehen ist auch aus dem Grunde das richtige, weil jede wie immer geartete Korporation auf der Solidaritätsidee aufbauen muß. Diese Solidaritätsidee aber ist in weitem Umkreise, ja fast vollständig verloren gegangen. . . Das 19. Jahrhundert bringt die Hochblüte der Einzelwirtschaft und die höchste Atomisierung der Gesellschaft. Von hier aus kann der Weg nicht direkt in jene Sphäre des Gemeinschaftsgeistes führen, der zum Aufbau eines Korporationswesens nötig ist. Der Übergang vom Konkurrenzgeist zum Korporationsgeist bildet die Zwischenstufe des Solidaritätsgeistes auf der Basis der ‚Interessenswahrung‘ — seine Schule ist die Standesorganisation. . .

„Das Korporationswesen, das heute auf keiner direkten Tradition aufbauen kann, sondern sich eine neue schaffen muß, kann unter unsern Verhältnissen nicht befohlen werden. Es muß aus unserm Volke herauswachsen. Es muß an bestehende Kräfte anknüpfen, aus Bestehendem müssen auch die Führer werden, die sich Gehör und Ansehen verschaffen und die zum Korporationswesen überleiten können. . . Von der heutigen, einseitigen und monopolistischen Auffassung des Kartellwesens bis zur Erkenntnis der Möglichkeit, aus ihnen die ‚Zünfte der Zukunft‘ zu machen, ist schon ein weiter Weg. Ein weiterer noch, dieser Möglichkeit Bahn zu brechen, den Gedanken des korporativen Aufbaues auf die modernen Marktorganisationen zu übertragen. Das wird man kaum ganz dem Zufalle überlassen dürfen. Hier muß der Staat Vorkarbeit leisten auf rechtlichem Gebiet. Wie lange wird es noch gehen, bis man den Mut findet, auf dem Wege der Verfassungsreform dieser Entwicklung den Weg zu bahnen?“ —

Links und Rechts bereitet man sich auf kommende Wandlungen vor, denkt man Wege und Lösungen durch, setzt man der Partei und dem Parteivolk in die Zukunft weisende Ziele. Nur in der Mitte glaubt man weiterhin auf den Vorbeeren der Vergangenheit ausruhen zu können, sucht im besten Fall da und dort die eigenen Alterserscheinungen mit Schönheitspflasterchen zu überkleben und beschäftigt das Parteivolk mit Reförmchen, wie der neuesten Rationalrats-, „Reform“, von deren Zweckmäßigkeit und Nutzen weder ihre Urheber noch sonst jemand überzeugt sind! D.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Hans Dehler. Schriftleitung u. Verlag: Zürich 6, Hofwiesenstraße 52. — Druck u. Versand: A.-G. Lebr. Leemann & Co., Stöckerstr. 64, Zürich 2. — Abdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift ist unter Quellenangabe gestattet. — Übersetzungsrechte vorbehalten.